

An die Medien

Bern, 19. Januar 2012

Ferien- und Zweitwohnungsinitiative: Die VDK empfiehlt zwei Mal ein Nein

Die kantonalen Volkswirtschaftsdirektorinnen und –direktoren haben sich an ihrer Arbeitssitzung gegen die Zweitwohnungs- und gegen die Ferieninitiative ausgesprochen, die am 11. März 2012 vom Schweizer Volk beurteilt werden wird. Beide Vorhaben werden als inhaltlich falsch und als unnötig schädlich für die Schweizer Wirtschaft beurteilt. Neben der Parolenfassung wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Strategieprozess Neue Regionalpolitik NRP 2016+ begleiten wird.

An der ersten Arbeitssitzung im neuen Jahr diskutierte die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz VDK die zwei Initiativen „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!“ und „6 Wochen Ferien für alle“, die am 11. März 2012 anlässlich der eidgenössischen Volksabstimmung durch das Schweizer Stimmvolk beurteilt werden. In beiden Fällen empfiehlt die VDK ein Nein.

Zweitwohnungs-Initiative: staatspolitisch falsch und ...

Die Initiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!“ will den Gemeinden einen Zweitwohnungsanteil von höchstens 20 Prozent vorschreiben. Dies soll den Zweitwohnungsbau zurückbinden und die Zersiedelung der Landschaft stoppen. Die VDK vertritt die gleiche Ansicht wie der Bundesrat und das Parlament, dass die Initiative zu weit geht. Sie greift zu stark in die Kantons- und Gemeindeautonomie ein und verstösst somit gegen wichtige staatspolitische Prinzipien. Im Vordergrund steht die konsequente Umsetzung des neuen Raumplanungsgesetzes, welches die Kantone und die Gemeinden bereits heute dazu verpflichtet, mit geeigneten Massnahmen die Zahl neuer Zweitwohnungen zu beschränken, preisgünstige Erstwohnungen sowie die Hotellerie zu fördern und bestehende Zweitwohnungen besser auszulasten.

... wirtschaftlich hinderlich

Die Initiative will nicht nur die Gemeinden und die Kantone in ihren Planungstätigkeiten einschränken, sie hemmt auch die geordnete wirtschaftliche Entwicklung von Gebieten, die vom Tourismus und somit unter anderem auch von der Wertschöpfung aus der Zweitwohnungsnutzung leben. Um der Problematik der kalten Betten zu begegnen, braucht es innovative Ansätze seitens des Tourismus.

Finanzielle Mehrbelastung für Kantone und Gemeinden

Die zweite Volksinitiative, die am 11. März zur Abstimmung gelangen wird, verlangt zwingend sechs Wochen Ferien für alle Arbeitnehmende in der Schweiz. Die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren führen zwei Hauptgründe gegen das Vorhaben an. Erstens verfehlt die Initiative das Ziel, die Arbeitnehmenden über mehr Freizeit zu entlasten. Gerade in kleineren Betrieben müsste die Arbeit auf die anderen Mitarbeitenden verlagert werden. Im Weiteren schadet die Initiative den Arbeitgebern aufgrund höherer finanzieller Lasten. So auch den Kantonen und Gemeinden. Nicht zuletzt schaden neue starre Regelungen im Arbeitsrecht dem liberalen Arbeitsmarkt und somit auch einem wichtigen Standortfaktor der Schweiz.

Neue Arbeitsgruppe NRP eingesetzt

Neben der Parolenfassung hat die VDK an ihrer Arbeitstagung grünes Licht erteilt, um zusammen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO eine Arbeitsgruppe zu bestellen, welche den Strategieprozess Neue Regionalpolitik NRP 2016+ ab dem laufenden Jahr begleiten wird. Mit der Regionalpolitik unterstützt der Bund die Gebiete im ländlichen Raum, im Berggebiet und an der Landesgrenze bei der Umsetzung ihrer Entwicklungsprogramme. Regie führen dabei die Kantone: Gemeinsam mit den betroffenen Regionen entwickeln sie Strategien zur Stärkung der Wirtschaft. Bis ins Jahr 2015 sind nun also die neuen Programmbestimmungen und die Finanzierungsbeschlüsse des Bundes neu aufzulegen. Die Kantone und der Bund werden zusammen die wichtigen Themen evaluieren und neu bewerten. Die VDK soll hier als Plattform unter den Partnern funktionieren.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen zur Verfügung:

- Staatsrat Jean-Michel Cina, Präsident VDK, Telefon 027 606 23 00
- Christoph Niederberger, Generalsekretär VDK, Natel 078 654 64 06